

Fortbestand des kommunalen ÖPNV sichern!

Die Kreise in Schleswig-Holstein haben sich am 24. April 2026 anlässlich der Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages in Elmshorn intensiv mit der Zukunft des kommunalen Öffentlichen Personennahverkehrs befasst. **Dr. Henning Görtz**, Vorsitzender des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages und Landrat des Kreises Stormarn blickt mit Sorgen in Zukunft: *„Das Angebot und die Zukunft des kommunalen ÖPNV sind akut bedroht. Die Kosten für den ÖPNV steigen seit Jahren rasant an. Doch das Land legt die Hände in den Schoß und lässt uns mit dem Problem alleine. Das kann so nicht bleiben“*, warnt **Görtz**.

Carsten Schreiber, Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, wird konkret: *„Im laufenden Jahr werden die Kreise ihren ÖPNV voraussichtlich mit mehr als 160 Mio. Euro unterstützen. Das ist fast das Fünffache von dem, was wir noch im Jahr 2019 aufwenden mussten. Die Mittel, mit denen sich der Bund und das Land beteiligen, sind hingegen kaum gestiegen und seit dem Jahr 2024 eingefroren. Wir erwarten vom Land, dass es sich angemessen an der realen Kostenentwicklung im ÖPNV beteiligt.“*

„Wir sehen mit Sorge, dass sich in Zukunft immer mehr Kreise gezwungen sehen, das Angebot des ÖPNV zu überdenken, bei der Schülerbeförderung Eigenanteile zu fordern oder die Schulträger an den Kosten zu beteiligen“, gibt **Ute Borwieck-Dethlefs**, stellvertretende Vorsitzende des Landkreistages und Kreispräsidentin des Kreises Dithmarschen, zu bedenken.

Hans-Jörg Lüth, stellvertretender Vorsitzender des Landkreistages und Kreistagsabgeordneter des Kreises Rendsburg-Eckernförde, lenkt seine Kritik auf steigende gesetzliche Anforderungen an den ÖPNV, wie das Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetz, das den Kreisen vorschreibt, die im ÖPNV eingesetzten Dieselfahrzeuge zunehmend durch emissionsfreie Fahrzeuge zu ersetzen: *„Zusätzlich zu den allgemeinen Kostensteigerungen machen uns die zunehmenden kostspieligen Anforderungen an den ÖPNV zu schaffen. Wir haben nichts gegen emissionsfreie Busse – im Gegenteil. Wir brauchen mehr Elektrobusse, wenn wir die Klimaschutzziele erreichen wollen. Wenn wir sie aber allein bezahlen müssen, wie es der Gesetzgeber vorsieht, können wir die Mobilitätswende abblasen. In meinem Heimatkreis haben wir das ÖPNV Angebot bereits reduziert und werden es weiter zurückfahren müssen. Damit treiben wir die Menschen, die wir mühsam für den ÖPNV gewonnen haben, zurück ins Auto.“*

Die Kommunen befinden sich aktuell in der größten Finanzkrise der vergangenen Jahrzehnte. Die Haushalte aller Kommunen in Schleswig-Holstein dürften für das laufende Jahr ein Gesamtdefizit von mehr als 1 Mrd. Euro aufweisen. Allein die Kreise planen mit einem Defizit von über 300 Mio. Euro. Auch für die kommenden Jahre besteht kaum Aussicht auf eine spürbare finanzielle Erholung.

Die Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistag hat ihre Erwartungen an das Land in einer Resolution festgehalten und dem **Wirtschafts- und Verkehrsminister Claus Ruhe Madsen** übergeben:

1. Die Mitgliederversammlung des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages bekennt sich zur Mobilitätswende und betont die Notwendigkeit einer gut ausgebauten kommunalen ÖPNV Infrastruktur sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum als ein wesentliches Element der öffentlichen Daseinsvorsorge und wichtiges Instrument zum Klimaschutz.

2. Die Mitgliederversammlung stellt allerdings mit Bedauern fest, dass die Kreise angesichts der dramatisch gestiegenen Kosten für das ÖPNV-Angebot, zusätzlicher und finanziell nicht ausgeglichener Anforderungen an den ÖPNV (u. a. Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungsgesetz), der Preisentwicklung beim Deutschlandticket und der vom Land beschlossenen Streichung der Dynamisierung der ÖPNV-Mittel nicht mehr in der Lage sein werden, das ÖPNV Angebot auf seinem aktuellen Niveau aufrecht zu erhalten, gestiegene Bedarfe im Klimaschutz zu erfüllen und gleichzeitig eine kostenlose Schülerbeförderung zu gewährleisten.
3. Die Mitgliederversammlung erwartet vom Land, dass es sich erheblich stärker und mit einer der realen Kostenentwicklung entsprechenden Dynamisierung an den Kosten des kommunalen ÖPNV Angebotes beteiligt. Das Einfrieren der ÖPNV Mittel und der damit einhergehende faktische Rückzug aus der ÖPNV Finanzierung müssen ein Ende haben.
4. Die Mitgliederversammlung sieht mit Sorge, dass sich immer mehr Kreise gezwungen sehen, künftig im Rahmen der Schülerbeförderung einen Eigenanteil am Deutschlandticket zu erheben und/oder die Schulträger an den Kosten der Schülerbeförderung zu beteiligen.
5. Die Mitgliederversammlung bekennt sich dazu, dass allen Schülerinnen und Schülern auch in Zukunft ein kostengünstiges Angebot zur Nutzung des ÖPNV sowohl zur Bestreitung des Schulweges als auch für die Wahrnehmung außerschulischer Aktivitäten zur Verfügung stehen muss. Sie sieht das Land in der Pflicht, die dafür erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen.
6. Zusätzliche Anforderungen an den ÖPNV (§ 30 EWKG, Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungsgesetz) stellen eine enorme Belastung der Kreishaushalte dar. Die Mitgliederversammlung lehnt derartige Vorgaben daher entschieden ab, solange diese nicht mit einer auskömmlichen Gegenfinanzierung einhergehen.

„Die Mobilitätswende kann nur gemeinsam gelingen. Bund und Land sind nun gefordert.“, stellt **Görtz** abschließend fest.